

Im Fokus

Chinas Streben nach Harmonie: Wunsch und Wirklichkeit

China's Pursuit of Harmony: Hope and Reality

Günter Schucher

Abstract

There is little doubt that the 2,220 delegates at the 17th Congress of the Communist Party of China will elevate Hu Jintao's idea of a harmonious China to the Party's orthodoxy. This concept accepts the existence of social contradictions and thus the rightfulness of social protest for the very first time. Social unrest has been increasing in China for many years now. The reasons for this are manifold; the steadily deepening income gap is one of the main factors. Unrest is further fuelled by the corrupt nature of cadres and by unreasonably brutal police operations. To ease the tension and create a harmonious environment for its congress, the centre of the Party insists that the local governments must try to understand people's needs and handle conflicts with empathy. At the same time, however, local police forces are being strengthened and surveillance is being stepped up. By and large, the leadership has shown a greater degree of adaptability to social and political change than expected and its new balanced strategy has become more responsive. But without creating any new institutions to integrate the emerging group interests of a pluralising society, it will not be able to achieve the harmony it is apparently seeking in the long term.

Keywords: China, social problems, social conflict, harmony

Einleitung

Protestaktionen von Bauern, die ihres Landes beraubt wurden, Streiks von Arbeitern für bessere Arbeitsbedingungen, Demonstrationen von Wanderarbeitern wegen ausstehender Lohnzahlungen oder gar Gruppen pensionierter Soldaten, die in Beijing Eingaben zur Absicherung ihres Lebensunterhalts vorbringen, wären das Letzte, was sich Parteichef Hu Jintao während des XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) wünscht, der am 15. Oktober 2007 beginnen soll. Dieses Großereignis steht vielmehr unter dem Motto der Errichtung einer harmonischen Gesellschaft. Hu und auch Ministerpräsident Wen Jiabao präsentieren sich schon seit dem letzten Parteitag vor fünf Jahren als Führungskräfte, die

breiten Rückhalt in der Bevölkerung finden. Ein umfangreiches Dokument zur Erläuterung des Harmonie-Konzepts hat das Zentralkomitee der KPCh im letzten Oktober verabschiedet. Nach einem entsprechenden Beschluss des Politbüros von Mitte September ist davon auszugehen, dass die 2.220 Delegierten des Parteitag Hus Ideen billigen und sie in das Parteistatut aufnehmen werden.

Die Sicherheitskräfte haben versprochen, alles ihnen Mögliche „für die Schaffung eines harmonischen und stabilen sozialen Umfeldes zur siegreichen Eröffnung des XVII. Parteitags“ zu tun. Dafür wollen sie laut Polizeichef Zhou Yongkang „feindliche Kräfte aus dem In- und Ausland, ethnische Separatisten, religiöse Extremisten, gewalttätige Terroristen und den Falun-Gong-Kult“ intensiv beobachten und konsequent unterdrücken. Zugleich sollen soziale Konflikte schnell entdeckt, untersucht und geregelt werden, um sie schon „im Keim zu verhindern“ (*jiejue zai mengya zhuangtai*); größere Konflikte, sogenannte „Massenvorfälle“ (*quntixing shijian*), sollen angemessen behandelt werden. Die Lage, so Zhou, sei im Allgemeinen gut, aber er warnte zugleich vor einer Periode außerordentlicher Konflikte im Volk, steigender Kriminalitätsraten und komplexer Kämpfe mit feindlichen Kräften (Zhou 2007). Neue Nahrung dürften seine Befürchtungen durch die steigenden Verbraucherpreise bekommen haben. Schon vor dem Bekanntwerden der aktuellen Inflationsrate von 6,5% im August war es in Teilen Chinas anlässlich von Preissteigerungen zu Protesten gekommen, z.B. im Dorf Zhushan in Hunan nach dem Anheben von Busfahrpreisen (HB, 17.9.07; *The Economist*, 15.9.07).

Der folgende Beitrag macht zunächst Angaben zur Entwicklung der offenen sozialen Proteste in den letzten Jahren sowie zu deren Ursachen und beschreibt dann die Doppelstrategie von Partei und Regierung zu ihrer Bekämpfung und Beilegung. Im dritten Abschnitt wird auf die neuen Konzepte der Hu/Wen-Führung zur gesellschaftlichen Entwicklung eingegangen, bevor abschließend die Frage aufgeworfen wird, ob damit die richtige Antwort auf den wachsenden Unmut gefunden worden ist.

Wachsender Unmut

Die Zahl der Massenvorfälle ist nach offiziellen Angaben von rund 8.700 im Jahr 1993 bis zum Jahr 2005 um das 10-Fache auf 87.000 gestiegen. Die Zahl der Beteiligten erreichte dabei insgesamt über 3 Millionen (Angabe für 2003). Auch die Zahl der von Schiedskommissionen und Gerichten behandelten Arbeitskonflikte, der Klagen vor Verwaltungs- und Arbeitsgerichten sowie der

Petitionen auf allen Ebenen der Verwaltung hat in dieser Zeit kontinuierlich zugenommen (C.a., 5/2006:47-63).

Im Jahr 2006 sollen allerdings die Petitionen und die offenen Proteste abgenommen haben. Das State Bureau for Letters and Calls (Guojia Xinfangju) gab am 28.3.2007 bekannt, dass für das Jahr 2006 „vier Rückgänge“ (*sige xiajiang*) zu verzeichnen sind: bei schriftlichen Petitionen (*xinfang*), kollektiven Petitionsbesuchen (*jiti shangfang*), irregulären Petitionsbesuchen (*fei zhengchang shangfang*) und Massenvorfällen (*quntixing shijian*) (Guojia Xinfangju 2007). (Siehe Anhang 1).

Gründe für die Unzufriedenheit unter der chinesischen Bevölkerung gibt es sehr viele (siehe auch Anhang 2). An erster Stelle ist hier das große und weiter steigende Einkommensgefälle zu nennen. Der GINI-Koeffizient, ein Index für Einkommensungleichheit, ist seit dem Jahr 1978 kontinuierlich gestiegen und belegt, dass sich China von einer weitgehend egalitären Gesellschaft zu einem der Länder in der Welt mit der größten Ungleichheit entwickelt hat. Verschiedene chinesische Zeitungen sollen von einem regelrechten „Hass“ der Bevölkerung auf Neureiche und soziale Ungerechtigkeit sprechen (*Spiegel* online, 12.9.07; *Hsin Pao*, 20.7.07, nach BBC PF, 28.8.07). Für das erste Halbjahr 2006 wird der GINI-Index von chinesischen Sozialwissenschaftlern mit 0,496 angegeben (Ru et al. 2006:8), d.h. die oberen 20% der Bevölkerung erhalten 58% der Einkommen, die unteren 20% nur 3%. An anderer Stelle ist angegeben, dass die Einkommen der oberen 20% 6,6-mal höher sind als die der unteren 20% (1978 nur 2,7-mal), wobei die Differenz auf dem Lande größer ist als in der Stadt (7,3 bzw. 5,7) (Ru et al. 2006:336).

Als weitere Ursachen sozialer Unruhe können genannt werden: Entlassungen, Arbeitslosigkeit und Lohnrückstände, katastrophale Arbeitsbedingungen und Arbeitsunfälle (vor allem im Kohlebergbau), vorenthaltene Löhne für ländliche Wanderarbeiter, Probleme von Hochschulabsolventen bei der Arbeitsplatzsuche, der Verlust sozialer Sicherungsleistungen durch Firmenbankrotte oder nicht erfolgte Anpassung der Sicherungsleistungen an die wirtschaftliche Entwicklung, die quasi gescheiterten Reformen im Gesundheits- und Rentenbereich, ungeklärte Eigentumsrechte im Wohnungswesen, Zwangsmaßnahmen in der Familienplanung, willkürlich erhobene ländliche Gebühren oder auch ethnische und religiöse Spannungen.

Hervorzuheben sind weiterhin die Umweltschäden und konkrete Umweltkatastrophen sowie Landnahmen, die vor allem den Bauern ihre Lebensgrundlage

nehmen. Im Jahr 2006 verzeichnete China durch Naturkatastrophen und Umweltschäden einen Nettoverlust an Agrarland im Umfang von 3.082 qkm. Dies machte 55% des Gesamtverlustes aus, weitere 33% gingen durch Baumaßnahmen verloren, bei denen die Bauern nicht selten nur unzureichend für das ihnen genommene Land entschädigt werden. Hintergrund dafür sind die ungeklärten Eigentumsrechte am Boden, die es den Lokalregierungen ermöglichen, das von ihnen „kollektiv“ verwaltete Land den Pächtern zu nehmen und meistbietend zu veräußern. Nach Ansicht chinesischer Experten erhalten die Bauern nur rund 10% des Marktwertes an Kompensationen. Das vom letzten Nationalen Volkskongress verabschiedete Gesetz zum Schutz des Privateigentums hat hier zwar keine grundsätzliche Änderung vorgenommen, sieht aber höhere Entschädigungen vor. Nach Angaben des Arbeitsministeriums verloren 40 Mio. Bauern in der letzten Dekade ihr Land durch Urbanisierung, weitere 15 Mio. werden es in den nächsten fünf Jahren verlieren (C.a., 3/2007:121).

Die Brisanz der Umwelt- und Landprobleme zeigt sich auch daran, dass nach manchen Angaben bis zur Hälfte der Massenvorfälle auf dem Lande stattfinden und sich rund 20% an Umweltfragen entzünden; die Zahl umweltbedingter Proteste steigt dabei nach Angaben der Staatlichen Umweltagentur jährlich um 30% (ST, 17.6.06). Generell bleibt kein Landesteil mehr von Protesten verschont und alle Schichten der Bevölkerung sind beteiligt. Beobachter registrieren, dass die Proteste im Trend immer mehr Teilnehmer haben, organisierter werden, länger dauern und die Gewaltbereitschaft steigt. Es wird auch eine gewisse Vernetzung (vor allem auch mithilfe moderner Medien wie Internet und Mobiltelefon) verzeichnet, grundsätzlich aber ist von der zellularen Protestorganisation auszugehen: Zum einen aufgrund der immer noch prägenden sozialen Organisation in zellularen Einheiten (Unternehmen, landwirtschaftliche Genossenschaften) in der Vergangenheit, zum anderen aus taktischen Erwägungen, um den Staat nicht zu reizen. Während sich ein Teil der Proteste an konkreten Einzelfragen entzündet, können andere bereits als Teile einer sich herausbildenden gesellschaftlichen Bewegung begriffen werden; vor allem die Umweltproteste sind hier zu nennen.

Ergänzt und vielfach verschärft werden die oben genannten Probleme durch Korruption, Fehlverhalten von Kadern, Polizeieinsätzen oder auch Kollaboration von Kadern und kriminellen Banden. Eigene Auswertungen von Meldungen über Proteste zeigen, dass zu einem nicht geringen Teil die Eskalation erst mit dem Einsatz lokaler Polizeikräfte in Gang gesetzt wurde. In der chinesischen Zeitschrift *Liaowang* (2006) wurde beklagt, dass sich in immer kürzerer Zeit

immer mehr von dem eigentlichen Problem nicht betroffene Menschen den Protesten anschließen.

Dabei sind offene Proteste häufig nur das letzte Mittel. Von Landry und Tong (2005) Befragte gaben nur zu einem sehr geringen Teil an, sie würden sich an Demonstrationen, zumal an gewalttätigen, beteiligen. Die Autoren, die Verwaltungsklagen untersuchen, heben hervor, dass die Hauptadressaten von Beschwerden die untersten Kaderränge sind. Aufgrund des eher interpersonellen Verhältnisses werde in erster Instanz meist traditionell die Vermittlung durch informelle soziale Netzwerke angestrebt, dann folge der Versuch, die Administration zum Eingreifen zu bewegen. Erst wenn dies nicht zum Erfolg führte, gehe man vor Gericht. In einer anderen Umfrage geben zwar mehr Chinesen an, dass sie sich an kollektiven Petitionen und öffentlichen Protesten beteiligen würden: zwischen 22,3% und 37,4% je nach Einkommen (Fewsmith 2007). Aber dennoch steht fest, dass es sehr vielfältige Formen des versteckten Protestes gibt und dass diese dem offenen Protest von vielen Unzufriedenen vorgezogen werden (siehe auch Lee 2000; Thornton 2002).

Die genannten sozialen Probleme sind vor allem das Resultat einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung, die der Zentralregierung Höchstwerte an Vertrauen beschert. Wang (2006) wertete Daten der Jahre 1993 bis 2002 aus und fand fast 100% Vertrauen für die Partei und die Zentralregierung. Das Vertrauen in die Lokalregierungen ist dagegen wesentlich geringer: Je niedriger die Regierungsebene und je direkter der Kontakt, desto geringer das Vertrauen. Unzufriedenheit und Protest richten sich meist gegen spezifische Behörden, Beamte oder Polizeieinheiten.

Eine Auswertung des neuesten Blaubuchs der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) zur sozialen Entwicklung im Jahr 2006 (Fewsmith 2007) kommt zum gleichen Ergebnis: Die meisten Chinesen sind mit ihrer persönlichen Situation zufrieden – drei Viertel der Chinesen halten die soziale Situation für „sehr“ oder „ziemlich harmonisch“ – und über 90% haben Vertrauen in die Partei und die Regierung. Nur 16,9% halten die Gesellschaft für unharmonisch; das wären aber immerhin mindestens 152 Mio. Menschen, wenn man allein von der erwerbsfähigen Bevölkerung ausgeht. Viele glauben allerdings, dass soziale Konflikte zunehmen werden (23% halten sie für ernst oder relativ groß, 44,9% sehen einige Konflikte). Dabei sehen sowohl die Ärmsten als auch die Reichsten das größte Konfliktpotenzial.

Konfliktmanagement der Regierung

Die Verhinderung bzw. die richtige Behandlung von Massenvorfällen gilt in China als wichtiger Test für die Regierungsfähigkeit der Kommunistischen Partei (XNA, 5.1.07). Partei und Regierung haben in den letzten Jahren ihre Strategie gegenüber sozialen Protesten diversifiziert. Seit ihrem Amtsantritt legt die Partei- und Staatsführung unter Hu Jintao und Wen Jiabao einerseits großen Wert darauf, sich als Advokat sozialer Interessen – vor allem auch benachteiligter Gruppen – zu präsentieren, scheut andererseits aber auch nicht vor „harten“ Maßnahmen zurück bzw. setzt bewusst auf die Verstärkung des Polizeiapparates und schränkt die Presseberichterstattung ein.

Hintergrund dieser „Doppelstrategie“ ist die Anerkennung der Unvermeidlichkeit sozialer Widersprüche im Prozess der Modernisierung, wie sie sich an prominenter Stelle auch im Konzept zur Errichtung einer harmonischen Gesellschaft findet, das am 11. Oktober 2006 vom ZK verabschiedet wurde. Diese Resolution ist das erste größere Parteidokument, das sich zu der Frage der Massenvorfälle äußert (CCP 2006). Die Äußerung von Interessen ist danach kein feindlicher Akt mehr und schon gar nicht primär von feindlichen Kräften, besonders aus dem Ausland, gesteuert. Bei unrechtmäßiger Reaktion der verantwortlichen Regierungen, vor allem auf lokaler Ebene, ist es sogar gerechtfertigt, diese Interessen kollektiv und mit dem Mittel des offenen Protestes zu vertreten. Entsprechend sollen Proteste, die keine staatsgefährdenden Ziele vertreten, auch toleriert und friedlich gelöst werden. Die Polizei soll eher eine Strategie der Eingrenzung und Isolierung verfolgen, statt durch brutale Unterdrückung noch weitere Sympathisanten auf den Plan zu rufen.

Die Differenzierung zwischen lokalen Beamten und zentraler Führung ist dabei eine zweite Dimension im Umgang mit Protesten. Zwar ist die Umsetzung zentraler Leitlinien auf der lokalen Ebene tatsächlich schwer zu kontrollieren und vor allem die untersten Kader und direkten Adressaten neigen eher zur Unterdrückung als zu Verhandlungen. Die Regierung nutzt aber auch das vorhandene hohe Vertrauen in ihre sozialpolitische Aufrichtigkeit und ihren wirtschaftlichen Erfolgskurs, um sich selbst als „die Guten“ und die lokalen Kader als „die Schlechten“ darzustellen. Entsprechend versucht sie durch verschiedene Maßnahmen, die lokale Ebene stärker für die Lösung der Konflikte bzw. für deren Prävention verantwortlich zu machen. Die Hu-Wen-Führung hat im Verhältnis zu den Lokalregierungen einen Strategiewechsel vollzogen: Zusätzlich zur Rezentralisierung

fiskalischer Aufgaben¹ hat sie begonnen, den Lokalregierungen die Schattenseiten des Wirtschaftsaufschwungs anzulasten (WSJ, 10.8.07; Cheng 2006). Die zwei Seiten der Strategie (Lösung und Unterdrückung der Konflikte) können beispielhaft an der Lokalisierung des Konfliktmanagements, am Petitionswesen und an neuen Kontrollmechanismen gezeigt werden.

Lokalisierung

Die Stärkung der lokalen Verantwortung für die Regelung von Konflikten hat auch den Hintergrund, dass das frühzeitige Erkennen eine Lösung vereinfachen und eine mögliche Eskalation verhindern könnte. Eine Untersuchung von Journalisten der Beijinger Zeitung *Xinhua Zhoukan* (Xinhua Weekly) ergab allerdings, dass viele lokale Kader dazu nicht in der Lage sind. Mangelnde Analysefähigkeit, langsames Reagieren, gepaart mit der Anweisung von oben, keine Massenvorfälle entstehen zu lassen, bzw. der Angst vor Kritik führen dann zu der Schlussfolgerung, soziale Stabilität sei schlicht die Abwesenheit von Protesten und Petitionen („no trouble is good performance“). Im praktischen Handeln ist das Ergebnis die Unterdrückung von Protesten und die Verschleierung von Vorfällen (zit. nach *Hong Kong Economic Journal*, 20.7.07, BBC PF, 28.8.07). Unter Beschwerdeführern ist nicht zuletzt deshalb die Schlussfolgerung verbreitet: „Kleiner Aufruhr kleine Lösung, großer Aufruhr große Lösung, kein Aufruhr keine Lösung“ (*xiao nao xiao jie jue, da nao da jie jue, bu nao bu jie jue*).²

Dennoch ist die Angst der Lokalkader nicht ganz unberechtigt. Erst am 5. Januar 2007 hat das Parteikomitee des Ministeriums für Sicherheit (Gong'anbu) ein Dokument erlassen, wonach Leiter von Basiseinheiten ihres Postens entoben und disziplinarisch bestraft werden können, wenn es bei Massenvorfällen (aufgrund falscher Behandlung) zu schweren Verlusten kommt, wenn Vorfälle ernsthaft eskalieren, wenn sie illegale Aktivitäten nicht untersuchen, darüber nicht berichten und dadurch Unruhen verlängern und wenn durch Folter, missbräuchlichen Waffeneinsatz oder Gewalt Menschen sterben (Gong'anbu 2007b). Die Regierung fordert auf jeden Fall die schnelle Benachrichtigung in Abhängigkeit

¹ Dies wird durch verschiedene Untersuchungen bestätigt. Siehe z.B. Yang 2006 oder Mertha 2005.

² Diese in vielen Analysen wiedergegebene Aussage findet sich auch auf den Seiten des Portals „Forschungen zur sozialen Stabilität in China“ (Zhongguo shehui wending yanjiu, <http://www.shwd.net/shownews.asp?newsid=1870>; (Aufruf: 14.09.2007).

von der Größe des Protestes.

Auch die Verabschiedung des Gesetzes zum Schutz des Privateigentums auf dem NVK im März 2007 erfolgte in der Hoffnung, die Hauptursache ländlicher Proteste, die Landnahmen, eindämmen zu können. Zwar wurde das Land im kollektiven Besitz gelassen und nicht den Bauern übergeben, aber die Kompensationen sollen künftig höher ausfallen. Außerdem forderte Ministerpräsident Wen die Regierungen auf, die Größe des für Bauvorhaben genutzten Landes streng zu kontrollieren, den Schutz von Agrarland zu verstärken und dessen Nutzung für Entwicklungsvorhaben ohne Genehmigung zu verbieten. Mindestens 1,8 Mrd. Mu Agrarland (120 Mio. ha) müssten erhalten bleiben, dafür müsste es auch ein strikteres und verantwortlicheres System des Landmanagements geben (C.a., 2/2007:134f.).

Tab.1 Richtlinien zur Meldung von Protesten

Teilnehmer	Meldung an Provinzhörde innerhalb von ...	Meldung an Zentrale innerhalb von ...	Weitere Aktionen
30 und mehr	12 Stunden	48 Stunden	Erste Ursachenanalyse
100 und mehr		24 Stunden	
500 und mehr		12 Stunden	Untersuchung durch leitende Beamte der Provinzstadt vor Ort; Regelung und Verhinderung einer Eskalation
5.000 und mehr		2 Stunden und dann alle 2 Stunden	Untersuchung durch Leiter der Provinzstadt persönlich; Regelung und Verhinderung einer Eskalation
5% der Bürger in regierungsunmittelbaren Städten, Provinzstädten oder Sonderwirtschaftszonen		der ersten Stunde	Untersuchung durch Partei- und Regierungsleiter der Provinzstadt persönlich; Regelung und Verhinderung einer Eskalation. Regierung, Sicherheitsamt und bewaffnete Polizei sichern die soziale Ordnung, inklusive Elektrizität, Wasser, Fernsehstationen, Hafen, Flughafen, Banken etc.

Quelle: Nach Chen 2004.

Parallel zur stärkeren Verpflichtung der Lokalregierungen wurden die Polizeikräfte auf die lokale Ebene verlagert. Laut Wu Heping, Pressesprecher des Gong'anbu, hat die Politik der „drei Grundlagen“ (*sanji*)³ und die Verlagerung von Polizeikräften in die Dörfer und Stadtbezirke (*shequ*) zur Abnahme von Konflikten beigetragen, da die Polizei die Interessen der Bevölkerung besser erfassen kann und sich um Widersprüche bzw. Konflikte kümmern sowie diese untersuchen kann (Gong'anbu 2006a).

Auch die Nationale Arbeitskonferenz der ZK-Kommission für die umfassende Regulierung der gesellschaftlichen Sicherheit am 16. und 17. April 2007 in Xi'an befasste sich mit der Lokalisierung der Polizei. Über 80.000 Sicherheitskräfte wurden auf die *shequ*- und Dorfebene verlagert, über 12.000 Polizeistationen wurden renoviert oder neu errichtet. Über 90% der Basiseinheiten sind inzwischen dem Sicherheitshauptnetz angeschlossen, Engpässe werden schrittweise beseitigt. Der stellvertretende Sicherheitsminister Liu Jinguo forderte größtmögliche Anstrengungen zur Schaffung eines stabilen und harmonischen sozialen Umfelds (o.A. 2007): Polizeistationen seien die wichtigsten Basiseinheiten, sie sollen in den Kreisen über 85% der Sicherheitskräfte stellen. Unter vollständiger Ausnutzung der Informationstechnik sollen vom Jahr 2007 an alle Hostels (*liuguan*) in Städten auf Distriktebene an ein Informationssystem angeschlossen sein. 11.500 Polizeistationen arbeiten bereits mit diesem Informationssystem, im Jahr 2009 sollen es alle sein. Auch die Bevölkerung solle einbezogen werden. Das Prinzip müsse sein: „Die *danwei* ist verantwortlich, die Regierung überwacht“.

Petitionen

Petitionen, gerichtet an Partei und Regierungen, sind bei Weitem die „beliebtesten“ Beschwerdeformen, noch vor Meldungen an die Presse oder Klagen vor Rechtsabteilungen, geschweige denn offenen Protesten oder Streiks (Cai 2004:430). Für Partei und Regierungen erfüllen sie u.a. die Funktion der Informationsgewinnung.

Auch darum hatten die neuen Regularien zum Petitionswesen vom 1. Mai 2005 und die parallel dazu in den staatlichen Medien gestartete PR-Kampagne zur Verbesserung des Images der Petitionsbehörden zum Ziel, die Ventilfunktion des Petitionswesens zu stärken. Zugleich sollen sie die Petitionäre davon abhalten,

³ *Zhua jiceng, da jichu, ku lian jibengong* (die Basis in den Griff bekommen, die Grundlage aufbauen, die Grundkenntnisse hart trainieren).

mit ihren Anliegen in die Hauptstadt Beijing zu kommen. Entsprechend sollen die Fälle von den lokalen Behörden schneller und transparenter bearbeitet werden, was mithilfe einer nationalen Datenbank zur Nachverfolgung der Fälle kontrolliert werden soll. Die Ineffizienz gerade des lokalen Petitionswesens wurde für die Eskalationsdynamik bei lokalen Problemen mit verantwortlich gemacht (C.a., 3/2005:Ü19). Inzwischen soll sich dies gebessert haben: Die entsprechenden Stellen von der Gemeindeebene an aufwärts sollen laut *Renmin Ribao* in den letzten drei Jahren über 95% der erhaltenen Eingaben noch im selben Jahr erledigt haben (XNA, 19.9.07). In seiner Rede vor dem Nationalen Volkskongress im März 2007 forderte Ministerpräsident Wen erneut, das Petitionssystem durch aktives Eingreifen lokaler Beamter bei Disputen zu stärken. Auch der Aufbau eines „Internet-Petitions“-Netztes sowie einer Hotline soll Beschwerdeführer von der Reise nach Beijing abhalten.

Diese Bemühungen werden begleitet von härteren Taktiken, um Petitionäre daran zu hindern, ihre Anliegen in Beijing vorzubringen. Vor allem „kollektive Petitionen“, deren Zahl in den 1990er Jahren kontinuierlich um 26-43% jährlich gestiegen ist (Cai 2004:441), sollen verhindert werden. Hier ist die Grenze zu Demonstrationen nicht immer klar zu ziehen (Minzner 2007:67). Die härteren Methoden reichen vom bloßen Abfangen und Zurückschicken bis zu Razzien in den „Petitionsdörfern“ (wo sich die Petitionäre während ihres Wartens auf Antwort aufhalten) und Gewalttätigkeiten gegen Personen.⁴ Am 27. September 2007 meldete die *South China Morning Post* die Zerstörung eines „Petitionsdorfes“ (*shangfangcun*) in Beijing. In diesen „Dörfern“ halten sich die Petitionäre auf, z.T. über Wochen, bis sie ihre Anliegen vorbringen können. In diesem Fall handelte es sich um Flachbauten auf 300 qm, die von einem Bulldozer eingeebnet wurden. Die Petitionäre wurden aufgefordert, die Hauptstadt bis zum Wochenende zu verlassen.

Diese eher auf die Wahrung des öffentlichen Images zielenden Maßnahmen nehmen in der Regel gerade vor Großereignissen wie dem NVK oder jetzt dem Parteitag zu. Human Rights Watch berichtet auch von der Verhängung von Hausarrest gegen Aktivisten, um diese an Reisen und Aktionen zu hindern. Diese Form des „soft arrest“ (*ruanjin*) habe im chinesischen Recht keine Grundlage

⁴ Entsprechende Berichte finden sich in den monatlichen *Trends Bulletins* von Human Rights in China (<http://hrichina.org>) und in der Presse (z.B. FAZ, 13.9.07). Detailliert berichten auch Chen und Wu 2006.

(WSJ, 25.7.07). Eine Vorstellung vom Ausmaß des Petitionswesens vermitteln Angaben für das Jahr 2003.

Tab.2 *Petitionen 2003*

	Petitionsbesuche (shangfang) Personen	Petitionen
Zentralkomitee, Staatsrat, NVK, Disziplarkommission		1.428.920
Staatsrat und Ständiges Komitee des VK	216.475	
Komitees aller Ministerien	327.330	
Oberstes Gericht, Oberste Staatsanwaltschaft, Justizministerium	74.792	
Provinzebene		8.477.250
Zuständige Abteilungen auf Provinzebene	4.124.510	
Rechtsabteilungen, Gerichte, Staatsanwaltschaft auf Provinzebene	764.250	

Quelle: RMRB online, 21.6.04.

Kontrolle und Unterdrückung

Besonderes Augenmerk richtet die Regierung auf die ländlichen Gebiete, wo rund die Hälfte aller Konflikte ihren Ursprung hat. Im Dezember 2006 veröffentlichte die Parteizeitung *Renmin Ribao* ein Dokument „zum verstärkten Aufbau sicherer ländlicher Gebiete“, das sich unter Hinweis auf die Parteibeschlüsse zum Aufbau eines neuen sozialistischen Landes und einer sozialistischen harmonischen Gesellschaft explizit dem Problem einer sicheren und stabilen sozialen Lage widmet (RMRB online, 21.12.06). Die aufgelisteten Herausforderungen geben ein gutes Bild über die Komplexität der Stabilitätsbedrohung:

At present, the overall situation of rural areas is good, but due to the relative prominence of contradictions triggered by land requisition, demolition, evacuation, land contracting, and so on, peasants' appealing to the higher authorities and rural mass incidents often occur; in certain places cases such as theft and damage of rural households' electricity, of water facilities, and of rural production resources, and illegal wood felling frequently take place; drug abuse, drug trafficking, gambling, feudal superstition, evil cults, and illegal religious activities go on despite repeated cracking down; in some other places, rural gangsters and vicious forces

run amuck, seriously affecting the safety of the masses in rural areas; in certain rural villages, the regime at the basic level is weak, governmental administration is inadequate, police force is insufficient, conditions of public security's guarding infrastructure facilities are poor, grassroot organizations for crime prevention and detection are not well established in terms of both organization and funding; social security guarding teams, such as rural security protection associations, mediation boards, and public order patrols, have not fully given play to their functions; the stability of the countryside still faces serious challenges. (RMRB online, 21.12.06)

Abhilfe soll geschaffen werden durch konsequentes Vorgehen gegen alle illegalen Aktivitäten („strike hard“) einerseits, natürlich im Einklang mit dem Gesetz, sowie durch die Untersuchung und koordinierte Prävention bzw. angemessene Lösung von sozialen Widersprüchen andererseits. Hohe Bedeutung wird dabei der Lösung aller Konflikte beigemessen, die auf unrechtmäßiges Kaderverhalten zurückzuführen sind. Die legitimen Rechte der Bauern sollen geschützt und Konfliktlösungsmechanismen verbessert werden. Der stellvertretende Minister für öffentliche Sicherheit Liu Jinguo forderte z.B. im Juli alle Polizeieinheiten auf, einen Monat lang die Ursachen sozialer Unruhen auf dem Lande zu erforschen (WSJ, 8.7.07). Zugleich soll, so Hu Jintao am 1. August 2007, die bewaffnete Polizei besser ausgerüstet und gestärkt werden, um die soziale Stabilität erhalten zu können (XNA, 1.8.07). Insgesamt stehen 1,8 Mio. Sicherheitskräfte zur Verfügung. Es gibt über 80.000 *shequ* und fast 700.000 administrative Dörfer (Gong'anbu 2006a). Die Zahl der Polizisten pro 10.000 Einwohner ist von 6,5 im Jahr 1978 über 7,3 (1990) und 10,9 (2004) auf 11,2 im Jahr 2005 gestiegen, d.h. insgesamt um 172% (Ru et al. 2006:335).

Das genannte Dokument sieht außerdem die Verbesserung von Überwachungssystemen und ein Informationsmanagement für die mobile ländliche Bevölkerung vor. Dies schließt die Einrichtung von Überwachungskameras im großen Stil ebenso ein wie die schärfere Kontrolle des Internets. Ausweise mit Chips sollen umfangreiche persönliche Daten speichern, eine US-Firma wurde bereits mit der Umsetzung betraut. Überwachungskameras gibt es in allen chinesischen Städten, vornehmlich zur Kontrolle des Verkehrsflusses, aber auch in Banken, auf Märkten und in abgelegenen Straßen. In Beijing waren es Anfang 2007 insgesamt 263.000 Stück (XNA, 30.1.07). In Shenzhen will die Polizei mindestens 20.000 Überwachungskameras mit Gesichts- und Verhaltenserkennung zusätzlich zu den schon vorhandenen 180.000 Videokameras von Unternehmen und Behörden

installieren (*Spiegel* online, 13.8.07). In Shaanxi sollen in 69% der Gebiete oberhalb der Dorfebene Überwachungssysteme installiert werden. Zhejiang hat für Sicherheitsinfrastruktur und -technologie bereits 6,4 Mrd. CNY ausgegeben, Jiangsu 9,3 Mrd. CNY und Liaoning für Kameras in den Hauptstraßen und Einkaufszentren 70 Mio. CNY (SCMP, 17.4.07).

Meldungen über die Kontrolle der Medien und Maßregelungen von Journalisten gibt es immer wieder (C.a., 5/2006:83-90). Mit Verweis auf den bevorstehenden Parteitag sollen nun die großen Internetportale, darunter Google, Baidu, Yahoo und Sina, vom Informationsministerium aufgefordert worden sein, Informationen zu blocken oder zu löschen, die schädlich sind, d.h. „die Staatsicherheit gefährden, Staatsgeheimnisse preisgeben, zum Sturz der Regierung aufrufen“ oder „die soziale Ordnung stören“ (SCMP, 1.9.07). Zur Sicherung der öffentlichen Ordnung soll auch der Aufbau ziviler Patrouillen beitragen; Beijing z.B. stellt sie mit Blick auf die Olympischen Spiele auf und Shandong mobilisierte arbeitslose Arbeiter (ebd.; XNA, 18.4.07).

Unterdrückung bleibt also eine mögliche Option, wobei der exzessive Gebrauch staatlicher Gewalt vor allem auf lokaler Ebene eingeschränkt werden soll. Dies war auch die Botschaft von Luo Gan, Vorsitzender der ZK-Kommission für die umfassende Regulierung der gesellschaftlichen Sicherheit auf der oben genannten Konferenz in Xi'an im April 2007. Die lokalen Regierungen sollen den Gebrauch von Gewalt einschränken und „zwischen kollektiven Hilferufen an die höheren Autoritäten und Gesetzesverletzungen“ unterscheiden. Polizei solle nur eingesetzt werden, wenn bei Massenvorfällen die Gesetze verletzt würden (XNA, 18.4.07). Selbst bei bestem Willen wäre allerdings für die Lokalkader die Grenze zwischen beidem nicht eindeutig zu ziehen.

Neue Konzepte zur gesellschaftlichen Entwicklung

Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao haben die sozialen Herausforderungen von Beginn ihrer Amtszeit an sehr ernst genommen und dies auch durch symbolträchtige Besuche in Armutsgemeinden oder bei HIV-Opfern deutlich gemacht. Alle von der neuen Partei- und Staatsführung erarbeiteten Konzepte können auch als Antworten auf die sozialen Krisensymptome sowie als Bestandteile einer neuen Entwicklungsstrategie begriffen werden.

Das noch vom Vorgänger Hus, dem damaligen Staats- und Parteichef Jiang Zemin, in den Rang einer Theorie erhobene Konzept der „drei Repräsentationen“ wurde bestätigt. Es sieht die Verbreiterung der sozialen Basis der Partei durch die

wirtschaftlichen und geistigen Eliten vor und leitete auch offiziell die Entwicklung der Kommunistischen Partei von einer „Klassen-“ zu einer „Volkspartei“ ein. Inzwischen sollen rund 30% der Privatunternehmer Chinas Mitglieder der KPCh sein. Mit dem auf der 5. Sitzung des XI. Nationalen Volkskongresses im März 2007 verabschiedeten Gesetz zum Schutz des Privateigentums wurde ein weiterer Schritt zur Gleichstellung des Privatsektors unternommen, der in der Partei nicht unumstritten war. Noch vor einem Jahr musste der Entwurf zurückgezogen werden, da der Widerstand der eher orthodoxen „alten neuen Linken“ zu groß war.

Mit dem Konzept zur „Steigerung der Regierungsfähigkeit“ wurden Maßnahmen zur Professionalisierung der Regierungstätigkeit eingeleitet. Es geht der Führung um die Effektivierung und Rationalisierung der Tätigkeiten von Partei und Staat, um die Beschränkung von Macht, Einführung von Kontrollmechanismen, Verminderung von Korruption und politische Modernisierung. Auch das „Wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ (*kexue fazhanguan*) zielt in diese Richtung, indem es die Grundlagen des Regierungshandelns verwissenschaftlichen will. Regelmäßige Studiensitzungen des Politbüros, auf denen auch neue Ideen und kontroverse Themen angesprochen werden können, sollen hier ein Vorbild abgeben. Das „Wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ geht aber weiter, indem es mehr oder weniger explizit die alleinige Ausrichtung am Wirtschaftswachstum der Vorgängerregierungen kritisiert und für eine ausgewogene Entwicklung plädiert, darunter vor allem von Wirtschaft und Umwelt sowie von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung.

Schon am Beginn ihrer Amtszeit hatten sich Hu und Wen für den Schutz benachteiligter Gruppen ausgesprochen, später stellten sie auch programmatisch den „Mensch in den Mittelpunkt“ (*yi ren wei ben*) ihrer Politik. Zum Ausgleich regionaler Unterschiede ergänzten sie das Programm zur Entwicklung Westchinas um Programme zur Entwicklung des Nordostens und Zentralchinas. Zur Schaffung eines „neuen sozialistischen Landes“ forderten sie die Städte und die Industrie auf, nach Jahrzehnten der Bevorzugung an das Land zurückzuzahlen. Die Steigerung der Einkommen der Landbevölkerung sei unumgänglich, wolle man die soziale Spaltung Chinas verhindern.

Über Dorfwahlen, mehr Information und Transparenz (e-Government), Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten und mehr innerparteiliche Demokratie soll auch der Druck auf die Lokalregierungen erhöht werden, die Anweisungen der Zentrale umzusetzen. Hier sieht die Regierung einen großen Schwachpunkt;

denn die bessere Durchgriffsfähigkeit auf die lokale Ebene wird letztlich mit darüber entscheiden, ob die gesetzten Ziele (sowohl im Wirtschafts- als auch im sozialen Bereich) verwirklicht werden können. He zeigt anschaulich, dass die Ausweitung der Partizipation eine wichtige Rolle bei der Verbesserung von „local governance“ in China spielt, und stellt die These auf, dass die Partei zur Schaffung von Legitimität in dem aus totalitären, autoritären und demokratischen Elementen „gemischten Regime“ künftig den demokratischen Bereich noch ausweiten wird (He 2003).

Auch die laufende Diskussion um Demokratie und Sozialismus kann so verstanden werden. Ministerpräsident Wen Jiabao hatte am 16. März d.J. auf einer Pressekonferenz erklärt, dass Sozialismus nicht im Widerspruch zu Demokratie und Rechtsstaat stehe, und erläuterte:

As for the core issue you mentioned, that is, what is socialism? I have to say clearly that socialist democracy is, in the final analysis, to let the people be the masters of the country. We must guarantee the people's rights to democratic election, democratic policy-decision-making, democratic management, and democratic supervision. (CCTV-1, 16.3.07, nach BBC PF, 17.3.07)

Im Vorfeld des XVII. Parteitags hat sich eine erstaunlich offene Debatte über Demokratie in China entfaltet, die von der Führung toleriert, eventuell sogar gewünscht ist und in deren Verlauf – vor allem von Parteiveteranen – auch Vorschläge wie Mehrparteienwahlen oder ein sozialdemokratisches Parteienmodell für die KPCh geäußert wurden. Erst Mitte September hat sich Wang Guixu, Professor an der Zentralen Parteihochschule, für weiter gehende politische Reformen, darunter für die Trennung von Partei und Regierung, ausgesprochen. Im Magazin *Liaowang* wurde die Ansicht geäußert, das sich der Aufbau einer sozialistischen Demokratie nach dem Parteitag beschleunigen werde (*New York Times*, 20.4.07; *Asia Times*, 28.4.07; FAZ, 13.6.07; DGB, 18.9.07, nach BBC PF, 19.9.07). Auch Hu Jintao betonte in einer programmatischen Rede vor der Parteihochschule und den Mitgliedern des Ständigen Komitees des Politbüros, dass der Aufbau einer sozialistischen Demokratie immer ein konsistentes Ziel der Partei gewesen sei (XNA, 25.6.07). Ob es sich bei der Demokratiedebatte nur um ein Strohfeuer, um Manöver einzelner Gruppen im Kampf um innerparteiliche Positionierung oder um Versuche der Vereinnahmung und Neudefinition als „chinesische Demokratie“ handelt, wird sich allerdings erst auf oder nach dem Parteitag erweisen.

Zusammengeführt wurden die verschiedenen Konzepte in der Resolution zum Aufbau einer „harmonischen Gesellschaft“ (CCP 2006). Was unter einer „harmonischen Gesellschaft“ zu verstehen sei, formulierte Hu Jintao erstmals am 19.2.2005 in der Zentralen Parteihochschule:

the harmonious socialist society we want to build should be a society that is democratic and ruled by law, that is equitable and just, that is honest, trustworthy and fraternal, that is full of vitality, and that is stable and orderly; and a society where man and nature coexist in harmony. (XNA, 26.6.05, nach BBC PF, 2.7.05)

Ein entscheidendes Merkmal dieses Konzepts ist, wie oben erwähnt, die Anerkennung der bestehenden sozialen Probleme und divergierenden Interessen in der Gesellschaft, die durch mehr soziale Gerechtigkeit und durch sozialen Ausgleich harmonisiert werden sollen. Das Konzept vom Oktober 2006 ist der Höhepunkt eines zweijährigen Prozesses, in dem die Führung eine programmatische Antwort auf die sozialen Spannungen suchte, die im Zuge der Reformen immer stärker wurden (Miller 2007). Schon im November 2002 sprach Jiang Zemin im Bericht an den XVI. Parteitag von der „sozialen Harmonie“ als Priorität. Die „sozialistische harmonische Gesellschaft“ fand dann Erwähnung in dem Parteibeschluss zur Regierungsfähigkeit im September 2004 und am 19.2.2005 folgte die genannte Definition.

Laut NVK-Präsident Wu Bangguo hat die Resolution in einer „wissenschaftlichen Analyse“ die Erfahrungen zusammengefasst, die die Partei seit 1949 mit der Verwirklichung der „sozialen Harmonie“ gemacht habe. Auffällig ist allerdings die Betonung der kollektiven Führung und das offensichtliche Vermeiden, die neue Doktrin Hu Jintao persönlich zuzuschreiben. Dies könnte mit Beobachtungen übereinstimmen, dass künftig keine Faktion in der Partei allein stark genug sein wird, die Führung auszuüben, und sich eher Muster der Machtteilung herausbilden.

Chinesische Kommentatoren verweisen auf die Unterschiede der marxistischen Idee von der sozialen Harmonie zu utopischen Ideen im Westen (Thomas More) und im Osten (Konfuzius, Laozi). Auch mit der „Großen Harmonie“, die in China z.B. der Reformler Kang Youwei im 19. Jahrhundert vertrat, habe das neue Konzept nichts gemein. Andere betonen gerade die Nähe zum Konfuzianismus, was auch von vielen westlichen Kommentatoren geteilt wird. Für Richard Baum (2007) sind die politischen Implikationen unmittelbar autoritär. Ziel sei, einen synthetischen Konsens der auseinanderstrebenden sozialen Kräfte

herbeizuführen. Die „harmonische Gesellschaft“ erfordere daher die Existenz einer paternalistischen, übergeordneten Autorität, eines „gütigen Despoten“, der die verschiedenen sozialen Interessen reflektieren, vertreten und vermitteln sowie zugleich dauerhaft disharmonische Tendenzen unterdrücken kann.⁵

Ist die richtige Antwort gefunden?

In der westlichen Literatur wird die These aufgestellt, die Vertrauenskrise in Partei und Regierung sei ein Ergebnis fehlender Demokratie. Das Vertrauen in die Regierung ist jedoch, wie gezeigt, sehr hoch und Forderungen nach mehr Demokratie beziehen sich auf Verfahrensfragen und meinen nicht grundlegende politische Reformen. Unzufriedenheit besteht in erster Linie über die sozioökonomischen Konsequenzen der wirtschaftlich erfolgreichen Entwicklung; insofern richten sich die Proteste auch gegen konkrete Probleme, meist auf lokaler Ebene, und dort gegen spezifische Behörden oder Beamte. Laut Chen (2005) wird unter Demokratie eher die moralische Verpflichtung der Herrscher als deren Kontrolle durch das Volk verstanden. Dementsprechend seien prodemokratische Kräfte eher für Ordnung als für Freiheit. Demokratie solle in der Lage sein, der Bevölkerung Wohlfahrt, soziale Ordnung und Stabilität zu geben. Der Partei geht es um „kontrollierte Autonomie“, also Demokratisierung „von oben“ oder auch „managed participation“ (Cai 2004).

Diese Art der Demokratisierung, die auch innerparteiliche Demokratie einschließt, ist durchaus Konsens in der Partei (Heberer 2002). Der Führung geht es um Machterhalt, dabei hat sie sich allerdings trotz fehlender Demokratie als weit lern- und anpassungsfähiger erwiesen als viele vermutet haben. Die pragmatisch funktionalistische Veränderung politischer Konzepte ermöglichte der Partei die Verschiebung grundlegender Systemreformen. Bis zum XVI. Parteitag 2002 konnte in der Partei erfolgreich der Konsens über einen „nichtradikalen (graduellen) Entwicklungsweg“ verankert werden. Zugleich definierte sich die Partei angesichts des enormen Verlustes an Popularität, vor allem auf dem Lande, neu als eine Partei, die alle Arten von „fortschrittlichen“ Produktivkräften vertritt

⁵ Diese Sichtweise ist durchaus im Einklang mit dem konfuzianischen Verständnis von Harmonie. In den „Gesprächen“ heißt es bspw. unter Verweis auf den „Weg der früheren Könige“ (I,12): „Strebt man in Anbetracht von Schwierigkeiten nach Harmonie, weil man um deren Wert weiß, so ist dieses Ziel nur erreichbar, wenn man sein Handeln den Riten und Zeremonien, den allgemeinen Formen anständigen Umgangs unterwirft“ (Konfuzius 1983).

(„drei Repräsentationen“). Damit hat sich die KPCh als eine „Volkspartei“ neu konzeptualisiert, ohne sich durch Wahlen legitimieren zu lassen (Sausmikat 2006); sie hat damit allerdings zugleich die gesellschaftlichen Widersprüche in die Partei hineingeholt (Heilmann 2003). Auch die hohe Fluktuation in den höchsten Führungsorganen Zentralkomitee und Politbüro (im Jahr 2002 wurden 60% der Mitglieder im ZK ausgetauscht, die Kernführung der Partei wird seit 1982 immer jünger, das Bildungsniveau höher und die Fachgebiete diversifizierter) weist auf eine hohe Anpassungsfähigkeit der Elite (Cheng & White 2006).

Das Schlüsselwort für die Lernfähigkeit der Partei ist laut Wang (2006) „Kooptation“. Durch die Kooptation der geistigen und wirtschaftlichen Eliten findet Unzufriedenheit in der Gesellschaft keine Ressourcen und Führung für kollektive Aktionen gegen den Parteistaat. Umgekehrt scheinen Meinungsführer eher das Regime zu unterstützen, auch wenn sie stärkere Partizipation der Bevölkerung fordern. Die Partei hat also noch „Raum zum Atmen“ (Wang 2006:233).

Ihr Leitbild eines „fürsorgenden“ paternalistischen Staates, der in der Lage ist, durch entsprechende Interventionen immer wieder einen gesellschaftlichen Gleichgewichtszustand herbeizuführen, dürfte allerdings zunehmend an seine Grenzen stoßen. Der chinesische Parteistaat muss künftig in wachsendem Maße pluralistische Kräfte bändigen und kontrollieren, die zwangsläufig mit Marktwirtschaft und Globalisierung entstehen. Darauf hat, wie Baum (2005) hervorhebt, schon der verstorbene ehemalige Parteivorsitzende Zhao Ziyang hingewiesen, der im Jahr 1989 abgesetzt wurde. Seitdem versuchen Partei und Regierung, das Entstehen gesellschaftlicher Gruppen zu verhindern. Zum Konzept der Steigerung der Regierungskapazität hat Zeng Qinghong, Mitglied im Ständigen Ausschuss des Politbüros, Ende 2004 geschrieben: „Creating sound supervisory channels [...] will prevent the formation of vested interest groups“ (ebd.). Partei und Regierung präferieren die Lösung von Konflikten ad hoc und auf individualisierter Basis; zur Stützung ihrer Legitimität ermutigen sie zu individuellen statt zu gruppenbasierten Inputs und versuchen, potenzielle Aggressionen gegen den Staat auf lokale Agenten umzulenken.

Ansätze zur Berücksichtigung von Gruppeninteressen bestehen auf zwei Ebenen: Zum einen hat der Parteistaat in den Dörfern Wahlen zu den Dorfkomitees durchgesetzt, die für mehr Vertrauen und Legitimität in die Verwaltung gesorgt haben; in den Städten schuf er Nachbarschaftsviertel, deren Leitungen gewählt werden müssen. Auch andere Formen der Partizipation werden gefördert, wobei

die Bereitschaft seitens der Bevölkerung aber noch gering bleibt. Zum anderen wird inzwischen das Wirken von sozialen Vereinigungen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) in China von der Regierung nicht nur toleriert, sondern z.T. auch gefördert. In zunehmendem Maße entsteht eine öffentliche Sphäre, die sich zudem im Internet artikuliert. Ende 2005 soll es insgesamt 320.000 nicht staatliche Organisationen bis zur Kreisebene gegeben haben, wobei aber erstens darin auch die von der Regierung organisierten Verbände einbezogen sind und zweitens Vereinigungen auf der Gemeinde- und Dorfebene nicht erfasst werden. Die Vereinigungen sind allerdings angehalten, nicht explizit politische oder auch nur politisch brisante Ziele zu verfolgen. Sie sollen zur Lösung konkreter, meist sozialer Probleme beitragen. Dennoch können sie als Agenten des Wandels begriffen werden, zumal sie der Bevölkerung helfen, demokratische Spielregeln zu verstehen (Ho 2007). Hier hilft auch die Kooperation mit internationalen NROs (Jie 2006).

Noch allerdings beansprucht die Parteiführung das Erkenntnis- und Lösungsmonopol für die bestehenden Probleme für sich. Der Verzicht auf eine Berücksichtigung von Gruppeninteressen in einer sich zunehmend pluralisierenden Gesellschaft wird sie allerdings auf Dauer in ihren Kapazitäten beschränken. Auch eher konservative Parteipolitiker scheinen dies zu ahnen, wenn sie eine „konsultative Demokratie“ fordern (RMRB online, 17.7.07). Darüber hinaus versucht sie, die verschiedenen Interessen in ein wissenschaftlicheres, ausgewogeneres und harmonisches Entwicklungsmodell zu integrieren. Damit erweitert sie allerdings die Kriterien für ihre eigene Legitimation, die bisher auf Wirtschaftswachstum und Stabilität konzentriert waren. Vor allem eine Umkehr des Trends zur sozialen Polarisierung ist derzeit noch nicht in Sicht. Harmonie dürfte damit vorläufig eher Wunsch als Wirklichkeit bleiben.

Und wenn die zentrale Führung anlässlich des Parteitags wieder stärker zu repressiven Maßnahmen Zuflucht nimmt, um „Stabilität“ sicherzustellen, dann dürften sich auch die Lokalregierungen in ihren bisherigen Präferenzen bestätigt fühlen. Die Folge könnte dann auch ein „destabilisierender Kreislauf“ sein (Minzner 2007:69ff.).

Anhang 1: Zahlenspiele

Anfang 2006 gab das Ministerium für öffentliche Sicherheit auf einer Pressekonferenz bekannt, dass im Jahr 2005 die öffentlichen Proteste auf 87.000 angestiegen sind (Gong'anbu 2006b). Auf der ersten Sitzung der ZK-Kommission für die umfassende Regulierung der gesellschaftlichen Sicherheit im Jahr 2007 verkündete dann der stellvertretende Sicherheitsminister Liu Jinguo erstmals einen Rückgang, und zwar um 16,5% gegenüber dem Vorjahr – das wären 72.645 (Gong'anbu 2007a). Dieser Rückgang sowie die Abnahme der Protestierenden um 20,2% wurde auch auf der Nationalen Arbeitskonferenz für die umfassende Regulierung der gesellschaftlichen Sicherheit im April 2007 in Xi'an genannt und auf die Verstärkung der Vermittlungsarbeit, Verbesserung der Mechanismen in der Petitionsarbeit, rechtzeitige Lösung von Widersprüchen und der recht gemäßigten Behandlung großer Massenvorfälle zurückgeführt (o.A. 2007).

Dem entgegen steht eine Meldung der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* unter Berufung auf dieselbe Konferenz im April, dass die Zahl der offenen Proteste im Jahr 2006 auf 112.655 zunahm, darunter die städtischen auf 40.712 und die im ländlichen Raum auf 71.953. Die Zahl der Teilnehmer sei auf 12,3 Mio. gestiegen – für das Jahr 2003 geben Beijinger Quellen noch 3 Mio. an (Tian 2007).

Wenn die Angaben von *Zhengming* auch nicht zu verifizieren sind, so sind doch erhebliche Zweifel hinsichtlich einer Abnahme der Proteste angebracht, denn die Ursachen und Auslöser von Protesten haben auch im Jahr 2006 nichts an Brisanz verloren und in konkreten Fällen ist eher von einer Verschlechterung auszugehen. Laut Yang Jingyu, Vorsitzender des Rechtskomitees des Nationalen Volkskongresses, nimmt die Zahl von Massenvorfällen, die auf Arbeitskonflikte zurückgehen, ständig zu. Arbeitskonflikte stiegen im Zeitraum von 1995 bis 2006 um das 13,5-Fache (XNA, 24.7.07). Zhou Shengxian, Leiter der Umweltagentur SEPA, gab bekannt, dass die Verschlechterung der Umweltsituation die Zahl der Massenvorfälle weiter ansteigen lasse. Die Agentur habe z.B. in den ersten fünf Monaten des Jahres 2007 1.814 Petitionen erhalten, ein Anstieg um 8% gegenüber dem Vorjahr (XNA, 4.7.07).

Mögliche Erklärungen für einen möglichen Rückgang könnten sein:

- Unterschiedliche Definitionen. In der Regel (so auch für das Jahr 2006) ist von „Massenvorfällen“ die Rede, laut Tanner „an overly broad, catch-all term that encompasses the full spectrum of group protests – including sit-ins,

strikes, group petitions, rallies demonstrations, marches, traffic-blocking and building seizures, and even some public melees, riots, and inter-ethnic strife“ (Tanner 2005). Das Gong’anbu spricht in seinem Bericht für das Jahr 2005 von Vergehen der Störung der öffentlichen Ordnung (*youluan gonggong tiexu fanzui*), darunter Zusammenrottung und Unruhestiftung (*juzhong youluan*), Zusammenrottung und Schlägerei (*juzhong dou’ou*), Provozieren von Streit (*xunxiu zishi*). Die *Zhengming* spricht von Demonstrationen und Protesten, Petitionen und Versammlungen (*youxing shiwei qingyuan huodong*).

- Unterschiedliche Größen. Während die *Zhengming* von Aktionen mit 20 und mehr Teilnehmern spricht, fehlt diese Spezifizierung bei den anderen Angaben. Nach den Berichtsregeln für lokale Kader zählen Massenvorfälle z.B. erst ab 30 Teilnehmern.
- Unterschiedliche Statistiken. Während die Aussage für das Jahr 2005 vom Gong’anbu getroffen wurde, erklärte dessen Pressesprecher Wu Heping allerdings auf einer Pressekonferenz am 14.11.2006 (Gong’anbu 2006a), dass Massenvorfälle nicht in der Vergehensstatistik des Ministeriums erfasst werden.
- Vertuschung. Immer wieder fordern Verantwortliche in Beijing die lokalen Behörden dazu auf, Vorfälle nicht zu verschweigen. In Verbindung mit der Koppelung von Karrierewegen an das Verhindern von offenen Protesten könnte das Bemühen, den Aufbau der harmonischen Gesellschaft zu fördern, die Praktik des Vertuschens noch attraktiver gemacht haben.
- Polizeieinsätze. Aus dem gleichen Grund könnte ein Rückgang der Proteste auch mit einem früheren und erfolgreicherem Auftreten der Polizei in Verbindung stehen. Eigene Auswertungen von Protestmeldungen aus dem Jahr 2006 zeigen ein erschreckend hohes Maß an Polizeieinsätzen.

Günter Schucher und Ines Sieckmann

Anhang 2: Soziale Proteste: Einige jüngere Beispiele

Die folgenden Beispiele zeigen anekdotisch einige der wesentlichen Konfliktursachen; sie machen deutlich, wie sich Proteste entzündeten, wer daran beteiligt ist und wie die Regierungen auf verschiedenen Ebenen darauf reagieren. Dabei wird ansatzweise auch die z.T. auslösende oder eskalierende Rolle der lokalen Behörden deutlich.

Konflikte um Landnahmen gehören zu den häufigsten Auseinandersetzungen im ländlichen China: Die lokalen Behörden nehmen Bauern ihr gepachtetes Land gegen meist zu geringe Kompensationen weg und verkaufen es für lukrative Entwicklungsprojekte. Die *South China Morning Post* berichtete von einem ehemaligen Parteichef im Dorf Pangzhuang in der Provinz Shandong, Pang Shaohai, der sich dem Plan der übergeordneten Township-Regierung zur Abgabe von Land an eine Industriezone im Jahr 2001 widersetzte und daraufhin verhaftet und später in einem Arbeitslager zum Krüppel wurde. Das Land wurde im Jahr 2003 für über eine Million CNY verkauft, die Industriezone steht immer noch halb leer. Derselben Zeitung zufolge wurden im Dezember 2006 mindestens 17 Bewohner aus dem Dorf Xichong in der Stadt Shunde in Guangdong von der Polizei verhaftet, als sie zu einer Diskussion mit der Entwicklungsgesellschaft kamen. Bei den anschließenden Auseinandersetzungen nahmen aufgebrachte Dorfbewohner den Sohn und die Frau von Dorfkadern als Geiseln. Sie fordern höhere Kompensationen und beklagen, das Land sei unter Wert verkauft worden. Bereits im Vormonat sollen drei Bewohner im Dorf Dongzhou, Shanwei, erschossen worden sein, als die Polizei den Tempel stürmte, in dem sie sich mit acht Beamten als Geiseln verschanzt hatten (SCMP, 2.12.06, 15.1.07).

Die Geburtenplanungspolitik verleitet immer wieder Lokalpolitiker zu Aktionen, die nicht vom Gesetz gedeckt werden. So sehen es Beobachter schon als Erfolg, dass ein Gericht in Hebei den Fall eines Paares überhaupt verhandelt, das dem örtlichen Geburtenplanungsbüro in der Stadt Anshan (Gemeinde Changli) vorwirft, vor sechs Jahren eine Abtreibung im neunten Monat erzwungen zu haben. In Yongzhou, Provinz Hunan, sollen Lokalbeamte seit 1999 unter entwürdigenden Umständen unverheiratete Mädchen zu Schwangerschaftstests gezwungen haben. Wer sich weigerte oder den Test nicht bestand, bekam keinen Anteil an Einnahmen von Landverkäufen und ihnen wurden Wahlrechte entzogen. Zwei Schwestern weigerten sich im Jahr 2004 und versuchen seitdem, per Petition ihr Recht einzufordern. Obwohl sie sogar vom nationalen Frauenverband

unterstützt wurden und sechsmal in Beijing vorsprachen, wurden sie bisher nur teilweise entschädigt.

Rechtsaktivisten sehen denn auch zwei Gründe für die Vorkommnisse: Einerseits fühlen sich Lokalbeamte durch die strikten Anweisungen aus Beijing ermuntert, andererseits fehlen Beijing die Zugriffs- und Kontrollmöglichkeiten auf der lokalen Ebene. Dies scheint auch für die schweren Unruhen zuzutreffen, die im Mai 2007 in verschiedenen Kleinstädten der Provinz Guangxi aufflammten. Gestützt auf eine gemeinsame Anweisung von Partei und Regierung vom Januar, die Familienplanungsgesetze strikter umzusetzen (und dafür finanzielle Anreize zu nutzen), die sie dann aber mit den nicht gedeckten Mitteln des Zwangs umzusetzen suchten, haben Kader den Zorn der Bevölkerung geweckt. Sie zwangen Schwangere zur Abtreibung, drohten Eltern von mehreren Kindern mit der Zerstörung ihrer Wohnungen, wenn diese nicht hohe Strafen zahlten, oder verhafteten diejenigen, die sich der Ein-Kind-Politik widersetzen. Nach einer dreimonatigen brutalen Kampagne durch sog. Arbeitsteams der Regierung war das Maß voll und es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, an denen mehrere Tausend Einwohner teilnahmen und Regierungsbeamte bedrängten, die Büros belagerten oder Fahrzeuge zerstörten. Ende Mai flaute die Bewegung ab, die Regierung nahm nach eigenen Angaben 28 Menschen fest (C.a., 3/2007:120f.).

Internationale Aufmerksamkeit erregte der städtische Protest gegen eine Chemiefabrik in Xiamen. Am 1. Juni, einem Freitag und damit Werktag, und an den beiden folgenden Tagen demonstrierten rund 10.000 bis 20.000 Menschen gegen den Bau einer Chemiefabrik durch die Stadt – trotz öffentlicher Missbilligung. Sie befürchteten durch die stadtnahe Produktion von offiziell 800.000 Tonnen Paraxylen pro Jahr (interne Papiere der Umweltagentur sollen von 11 Mio. Tonnen sprechen) Umwelt- und Gesundheitsschäden für sich und ihre Kinder. Die Unruhe wegen des Baus bestand seit Monaten, die Präsentation einer Petition in Beijing war erfolglos geblieben. Später wurden Diskussionsbeiträge in Chaträumen und in Blogs von der Stadtregierung blockiert; die Mobilisierung versuchte sie durch Kontrolle von SMS-Kommunikation und Entlassungsdrohungen gegen Beamte zu verhindern. Auch ein in letzter Minute am 30. Mai verkündetes Einfrieren des Projekts hielt die Menschen nicht vom Demonstrieren ab; sie forderten die Aufgabe des Baus. An den Demonstrationstagen blieben die Tore der Universität geschlossen und Straßen ins Umland blockiert, um die Bauern an einer Teilnahme zu hindern.

In den SMS wurde der Bau der Fabrik mit dem Werfen einer Atombombe auf

die 2,3-Millionen-Stadt verglichen. Leukämie und Missbildungen bei Neugeborenen seien zu befürchten (daher die Demonstration am Welt-Kindertag), zumal die Fabrik nur 1,5 km von der nächsten Siedlung entfernt läge, wo sich in den letzten Jahren Bürger mit höherem Einkommen angesiedelt haben.

Die nationalen Umweltbehörden hatten das Projekt ohne Auflagen genehmigt. Zhao Yufen, Chemieprofessorin an der Xiamen-Universität und Mitinitiatorin der Kampagne, nannte das Genehmigungsverfahren eine reine Formalität, bei dem z.T. auch Korruption im Spiel sei. Die Stadtregierung hat ihrer Ansicht nach so hohe wirtschaftliche Wachstumsraten im Blick, dass sie nicht auf die Vorgaben der Zentralregierung für ein ausgewogenes Wachstum eingehen will. Von der Fabrik erwartet sie einen Anstieg des lokalen BIP um 80 Mrd. CNY jährlich, nicht wenig bei insgesamt 116 Mrd. CNY im Jahr 2006.

Im Juli wurde bekannt, dass bereits am 3. Juni Li Yiqiang verhaftet wurde, der verdächtigt wurde, die Demonstration organisiert zu haben. Den formellen Bescheid hatte die Familie des auch im Zusammenhang mit dem chinesischen Anspruch auf die Diaoyu-Inseln bekannten Aktivisten erst einen Monat später erhalten. Auch drei andere Demonstranten waren unter dem Verdacht der Organisationstätigkeit für einen halben, fünf bzw. 15 Tage festgenommen worden (*The Economist*, 23.6.07; SCMP, 11., 19., 25.7.07; FT, 31.5.07; ST, 31.5., 2., 6., 13., 17.6.07).

Der Protest in Xiamen hat verschiedene Dimensionen, u.a. zeigt er die Bedeutung der modernen Kommunikationsmedien, die die Regierung nicht völlig kontrollieren kann, deren doppelte Strategie von Beruhigung der Massen und härterem Vorgehen gegen Aktivisten sowie die Beteiligung der Mittelschicht an Protesten. Letzteres ist auch bei Protesten gegen eine Verlängerung der Magnetschwebbahn in Shanghai gegeben. Die *Financial Times* spricht vom Phänomen des Nimbyism: „Not-In-My-Backyard“. Wie auch bei anderen Protesten zu beobachten, berufen sich die Beteiligten auf vorhandene Rechte („rightful resistance“), hier wegen der Bedrohung erworbenen Wohnungseigentums auf das kürzlich verabschiedete Gesetz zum Schutz von Privateigentum. „We are careful not to talk about politics, only our health and our homes“, wird ein chinesischer Geschäftsmann zitiert (FT, 14., 21.6.07).

Am 2. Juli 2007 berichtete Xinhua, dass die Polizei in der Provinz Guangdong vier Personen verhaftet hatte, weil sie am 30. Juni Wanderarbeiter mit Spaten und Stahlrohren verprügelten, die am Bau eines Wasserkraftwerks in der Stadt Heyuan beteiligt waren. Unter den Verhafteten befand sich auch der Leiter

des Sicherheitsteams der Entwicklungsgesellschaft sowie drei Manager. Die rund 300 streikenden Arbeiter hatten seit vier Monaten keinen Lohn erhalten (insg. rund 5 Mio. CNY) und befanden sich im Streit mit der Gesellschaft sowie der auftragnehmenden Firma, die nicht zahlte, weil sie ihrerseits noch Zahlungen der Baugesellschaft ausstehen hatte. Während Streikende begannen, Einrichtungen zu deinstallieren, wandten sich über 100 Arbeiter mit einer Petition an die Stadtregierung. Bei dem Angriff, an dem ca. 200 Schläger beteiligt waren, wurde ein Migrant lebensgefährlich, sieben andere schwer verletzt. Eventuell hatte die Kommunalregierung mit der Baugesellschaft sogar abgesprochen, den Streik gewaltsam zu beenden; zumindest tritt sie zunächst den Angriff ab und sprach nur von Zusammenstößen. Möglicherweise im Zusammenhang mit der Verabschiedung eines neuen Arbeitsvertragsgesetzes forderte in diesem Fall sogar der Bauminister Wang Guangdao schriftlich die entsprechende Behörde der Provinz zur Aufklärung auf (XNA, 2., 4.7.07; DGB, 3.7.07, nach BBC PF, 4.7.07; ST, 3.7.07).

Nachrichten aus der südchinesischen Boomstadt Shenzhen können als Beispiel für eine ganze Serie von Streiks und Aktionen von Arbeitern für meist höhere Löhne gelten. Am 7. und 8. April streikten über 300 Kranfahrer der Yantian International Container Terminals Ltd. 25 Stunden lang für eine Lohnerhöhung; der Gewerkschaftsverband und die städtische Arbeitsverwaltung vermittelten, neben einer Erhöhung erhielten die Arbeiter das Recht, eine eigene Gewerkschaftsgruppe zu bilden. Vorausgegangen waren ähnliche Aktionen von Arbeitern in Containerterminals am 24. und 30. März. Ende April streikten über 300 Arbeiter der Jiazhi Garment Factory im selben Yantian Distrikt, da ihre Verträge einseitig geändert und ihre Löhne erheblich gesenkt werden sollten. Die Distriktregierung konnte einen Kompromiss erreichen. Am 1. Mai begannen über 400 Arbeiter am größten Container Terminal Chiwan einen Streik, da sie keine Überstundengelder bekamen, obwohl sie z.T. bis zu 12 Stunden arbeiten mussten. Auf Vermittlungsversuche des städtischen Arbeitsbüros gingen sie nicht ein. Ende Mai beendete die Polizei einen Streik mit Gewalt, den über 400 Arbeiter der Eltop Electronics Factory wegen ungezahlter Löhne und gegen angekündigte Entlassungen von drei Viertel der Belegschaft führten. Sie verletzte zehn und nahm 18 Arbeiter fest. Die Aktionen der Arbeiter begannen schon Ende April. Am 30. Mai brach in der Baolishun Metal and Plastic Products Co Ltd. ein Streik von 1.000 meist weiblichen Arbeitern aus, nachdem sie von einer möglichen Schließung der Fabrik hörten und befürchteten, neue kurzfristige Verträge zu erhalten, nach deren

Ablauf sie keine Abfindungen bekommen würden. Nach zehn Tagen kam es zum Zusammenstoß mit der Polizei, die mit mehreren Hundertschaften den Streik auflösen wollte. 100 Streikende wurden kurzfristig festgenommen. Am 14. Juni versammelten sich über 2.000 Arbeiter vor den Toren einer Spielzeugfabrik in Dongguan, weil sie annahmen, dass der Leiter dieser mit Hongkonger Investitionen errichteten Fabrik, die vor dem Bankrott stand, mit den Betriebsmitteln geflohen sei. Zweieinhalbe Monate hatten sie keinen Lohn erhalten, ein Hilferuf bei der Stadtverwaltung blieb ohne Erfolg. Jetzt schickte sie allerdings Polizei, die den Streik gewaltsam beendete – mit der Begründung, die Arbeiter hätten das Fabrikgelände verlassen und den Verkehr behindert. Am 20. August traten über 1.000 Arbeiter eines deutschen Handzulieferers in den Streik, um für bessere Sozialleistungen zu protestieren. Als sie eine Straßenbrücke blockierten, griffen Sicherheitskräfte ein. Zunächst aufgelöst, flammte der Streik später wieder auf. Die Stadtregierung versuchte zu vermitteln (XNA, 8.4.07; SCMP, 9.4., 2., 30.5.07; *Wen Wei Po*, 26.4.07, nach BBC EF, 1.5.07; ST, 3.5.07; DGB, 31.5.07, nach BBC PF, 2.6.07; WSJ, 9.6.07; *Wen Wei Po*, 15.6.07, nach BBC PF, 18.6.07; *Ming Pao*, 21.8.07, nach BBC PF, 22.8.07; DGB, 23.8.07, nach BBC EF, 25.8.07).

Ehemalige Offiziere der Volksbefreiungsarmee haben vor den Feierlichkeiten zum 80. Gründungstag der Armee ihre Unzufriedenheit über ihre unzureichende soziale Absicherung (Lebensunterhalt, Wohnung, Kranken- und Rentenabsicherung) kundgetan. Mehrere größere Protestaktionen soll es in den letzten Monaten in Beijing, Guangdong und der Provinz Shandong gegeben haben, darunter in Yantai/Shandong mit 2.000 Veteranen, aber am Geburtstag selbst (1. August) hielten sie sich zurück als Zeichen ihrer Unterstützung für die „harmonische Gesellschaft“. Die Beijinger Gruppe ist seit dem Jahr 2004 aktiv, Höhepunkt war ein Sit-in von rund 1.600 Uniformierten aus 20 Provinzen vor den Toren der Politischen Abteilung der Armee im April 2005 in Beijing. Immer wieder hat die Regierung Sondermittel für die pensionierten Soldaten versprochen, aber nie kam etwas bei ihnen an. Für Soldaten, die vor dem Jahr 2001 aus dem Dienst ausschieden, sind die lokalen Regierungen zuständig, nach dem Jahr 2001 ist es die Armee selbst. Die Polizei, die die Gruppe ohnehin beobachtet, setzt sie speziell bei großen Ereignissen wie dem Nationalen Volkskongress im März unter Druck (SCMP, 3.8.07).

Literatur

- Baum, Richard (2007), *The Limits of Authoritarian Resilience*, Paper presented at the Conference CERI-Debate, 17.1.2007. Online: http://www.ceri-sciencespo.com/archive/jan07/art_rb.pdf (Aufruf: 01.02.2007)
- (2005), *China's State Control Mechanisms and Methods*, Paper presented at the Conference U.S.-China Economic and Security Review Commission, 14.4.2005. Online: http://www.uscc.gov/hearings/2005hearings/written_testimonies/05_04_14wrts/baum_richard_wrts.pdf (Aufruf: 15.03.2007)
- Cai, Yongshun (2004), „Managed Participation in China“, in: *Political Science Quarterly*, 119, Nr.3, S.425-451
- CCP (2006), „The Resolution of the CCP Central Committee on Major Issues Concerning the Building of a Socialist Harmonious Society – Adopted at the Sixth Plenum of the 16th CCP Central Committee on 11 October 2006“, in: Xinhua, 18.10.2006, nach BBC PF, 28.10.2006
- Chen, Cheng (2005), „Institutional Legitimacy of an Authoritarian State. China in the Mirror of Eastern Europe“, in: *Problems of Post-Communism*, 52, Nr.4, (July/August), S.3-13
- Chen, Guidi & Chuntao Wu (2006), *Zur Lage der chinesischen Bauern. Eine Reportage*, Frankfurt a.M.: Zweitausendeins
- Chen, Yiyuan (2004), „Wuyue youxing shiwei po baiwushiwan renqi“ (Über 1,5 Mio. Teilnehmer an Demonstrationen im Mai), in: *Dongxiang* (The Trend Magazine), Nr.4, S.12-13
- Cheng, Li (2006), „Think National, Blame Local: Central-Provincial Dynamics in the Hu Era“, in: *China Leadership Monitor*, Nr.17, S.1-24. Online: http://media.hoover.org/documents/clm17_lc.pdf (Aufruf: 25.08.2006)
- Cheng, Li & Lynn White (2006), „The Sixteenth Central Committee of the Chinese Communist Party“, in: Lowell Dittmer & Guoli Liu (Hrsg.), *China's Deep Reform. Domestic Politics in Transition*, Lanham et al.: Rowman and Littlefield Publ. Inc., S.81-118
- Fewsmith, Joseph (2007), „Assessing Social Stability on the Eve of the 17th Party Congress“, in: *China Leadership Monitor*, Nr.20, (Winter), S.22
- Gong'anbu (Ministerium für öffentliche Sicherheit) (2007a), *Liu Jinguo chuxi zhongyang shehui zhian zongzhi wei 2007 nian diyici quanti huiyi bing fayan* (Rede des Vorsitzenden Liu Jinguo auf der ersten Vollversammlung der ZK-Kommission für die umfassende Regulierung der gesellschaftlichen Sicherheit

- im Jahr 2007). Online: <http://www.mps.gov.cn/cenweb/brjlCenweb/jsp/common/article.jsp?inford=ABC000000000000373920> (Aufruf: 14.09.2007)
- (2007b), *Gong'anbu: Jiceng lingdao shizhi yinfa yanzhong quntixing shijian xu cizhi* (Ministerium für öffentliche Sicherheit: Basisleiter, die durch Fehler in der Amtsführung ernsthafte Massenvorfälle herbeiführen, müssen entlassen werden), 6.1.2007. Online: <http://cpc.people.com.cn/GB/64093/64371/5252633.html> (Aufruf: 22.02.2007)
- (2006a), *Gong'anbu tongbao shehui zhian xingshi ji shishi shequ he nongcun jingwu zhanlue qingkuang (tuwen zhibo)* (Bericht des Ministeriums für öffentliche Sicherheit über die Situation der öffentlichen Ordnung und den Stand der Umsetzung der Polizeistrategie in Stadtvierteln und Dörfern), Pressekonferenz, 14.11.2006. Online: <http://www.mps.gov.cn/cenweb/brjlCenweb/jsp/common/article.jsp?inford=ABC00000000000035595> (Aufruf: 14.09.2006)
- (2006b), *Gong'anbu zhaokai xinwen fabuhui tongbao 2005 nian quanguo shehui zhi'an xingshi ji huozai xingshi* (Das Ministerium für öffentliche Sicherheit machte auf einer Pressekonferenz für 2005 Angaben zu Vorfällen im Bereich der öffentlichen Ordnung und zu Brandkatastrophen in ganz China), 20.01.06. Online: <http://www.mps.gov.cn/cenweb/brjlCenweb/jsp/common/article.jsp?inford=ABC00000000000001018&category=500501> (Aufruf: 26.09.2006)
- Guojia Xinfangju (State Bureau for Letters and Calls) (2007), *Zhongguo buduan gaijin xinfang gongzuo – niuzhuan quntixing shijian gaofa shitou* (China verbessert unaufhörlich die Petitionsarbeit und dreht die Tendenz des Anwachsens der Massenvorfälle). Online: www.gjxfj.gov.cn/2007-03/28/content_9638117.htm (Aufruf: 08.06.2007)
- He, Baogang (2003), „The Theory and Practice of Chinese Grassroots Governance: Five Models“, in: *Japanese Journal of Political Science*, 4, Nr.2, S.293-314
- Heberer, Thomas (2002), *Das Dilemma politischer Reformen in China*, Project Discussion Paper 21/2002, Duisburg: Institut für Ostasienwissenschaften
- Heilmann, Sebastian (2003), „Von der 'Klassenpartei' zur 'Volkspartei': Ergebnisse des XVI. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas“, in: *China Analysis*, 20, Trier: Center for East Asian and Pacific Studies, Trier University, Januar
- Ho, Peter (2007), „Embedded Activism and Political Change in a Semiauthoritarian Context“, in: *China Information*, 21, Nr.2, (July), S.187-209

- Jie, Chen (2006), „The NGO Community in China“, in: *China Perspectives*, Nr.68, (November-December), S.29-40
- Konfuzius (1983), *Lun-Yu* (Gespräche), Frankfurt am Main: Röderberg-Verlag
- Landry, Pierre F. & Yanqi Tong (2005), *Disputing the Authoritarian State in China*, Paper presented at the Conference Stanford University Comparative Politics Workshop, 14.11.2005. Online: http://comparativepolitics.stanford.edu/Papers2005-06/Landry_11_14_05.pdf (Aufruf: 11.08.2006)
- Lee, Ching Kwan (2000), „Pathways of Labor Insurgency“, in: Elizabeth J. Perry & Mark Selden (Hrsg.), *Chinese Society. Change, Conflict and Resistance*, London and New York: Routledge, S.41-61
- Liaowang (2006), „Shehui maodun xin jinghao“ (Neue Situation bei gesellschaftlichen Widersprüchen), in: *Liaowang*, 16.10., S.10-13
- Mertha, Andrew C. (2005). „China's 'Soft' Centralization: Shifting Tiao/Kuai Authority Relations“, in: *The China Quarterly*, Nr.184, (December), S.791-810
- Miller, Alice (2007), „Hu Jintao and the Sixth Plenum“, in: *China Leadership Monitor*, Nr.20, (Winter), S.1-12
- Minzner, Carl (2007), „Social Instability in China. Causes, Consequences, and Implications“, in: C. Fred Bergsten, Bates Gill, Nicholas R. Lardy & Derek J. Mitchell (Hrsg.), *The China Balance Sheet in 2007 and Beyond*, Online Publication, S.55-77 Online: <http://www.chinabalancesheet.org/Documents/03SocialInstability.pdf> (Aufruf: 25.06.2007)
- o.A. (2007). *Gong'anbu fubuzhang: bimian yin chuzhibudang dao zhi quntixing shijian kuoda* (Stellvertretender Sicherheitsminister: Es muss auf jeden Fall verhindert werden, dass sich die Massenvorfälle wegen unangemessener Behandlung ausweiten). Online: <http://www.jcrb.com/zywfiles/ca598740.htm> (Aufruf: 08.06.2007)
- Ru, Xin, Xueyi Lu & Peilin Li (Hrsg.) (2006), *2007 nian: Zhongguo shehui xingshi fenxi yu yuce* (Analysis and Forecast on China's Social Development [2007]), Shehui Lanpishu (Blue Book of China's Society), Beijing: Shehui kexue wenxian chubanshe (Social Sciences Academic Press)
- Sausmikat, Nora (2006), „More Legitimacy for One-Party Rule? The CCP's Ideological Adjustments and Intra-Party Reforms“, in: *ASIEN*, Nr.99, (April), S.70-91
- Tanner, Murray Scot (2005), *Chinese Government Responses to Rising Social Unrest*, Testimony presented to the US-China Economic and Security Re-

- view Commission on April 14, 2005, CT-240, Santa Monica, CA: Rand Corporation, April. Online: <http://www.rand.org>
- Thornton, Patricia M. (2002), „Framing Dissent in Contemporary China: Irony, Ambiguity and Metonymy“, in: *The China Quarterly*, Nr.171, S.661-681
- Tian, Sui (2007), „Qu'nian qianyuwan renci jihui kangzheng“ (Über 10 Mio. Teilnehmer an Protestkundgebungen im vergangenen Jahr), in: *Zhengming*, 2, S.15-16
- Wang, Zhengxu (2006), „Explaining Regime Strength in China“, in: *China: An International Journal*, 4, Nr.2, (Sep.), S.217-237
- Yang, Dali L. (2006), „Economic Transformation and Its Political Discontents in China: Authoritarianism, Unequal Growth, and the Dilemmas of Political Development“, in: *Annual Review of Political Science*, Nr.9, S.143-164
- Zhou, Yongkang (2007), *Wei shiqi da zhaokai chuangzao hexie de shehui huanjiang* (Schaffung einer harmonischen Umwelt zur Eröffnung des XVII. Parteitages), Fernsehkonferenz, 11.9.2007. Online: http://www.gov.cn/ldhd/2007-09/11/content_745831.html (Aufruf: 14.09.2007)